

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-005239/2012  
an die Kommission**

Artikel 117 der Geschäftsordnung

**Konrad Szymański (ECR) und Martin Kastler (PPE)**

Betrifft: Mittel aus dem EU-Haushalt für Zwangssterilisationen in Vietnam

Derzeit gibt es Hinweise auf die Beteiligung der vietnamesischen Regierung an Programmen für Zwangsmaßnahmen im Bereich der Reproduktionsmedizin im zentralen Hochland des Landes. Vertretern der dort ansässigen Montagnards zufolge wurden von der vietnamesischen Regierung missbräuchliche Maßnahmen einschließlich chirurgischer Zwangssterilisationen durchgeführt. 2009 erhielt Marie Stopes International von der Kommission 1 837 855 EUR für ein Programm mit der Bezeichnung „Aufbau von Kapazitäten bei lokalen Behörden und Privatunternehmen als Dienstleister im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit in Vietnam und Kambodscha“.

Darüber hinaus erhielt die vietnamesische Regierung 43 Mio. EUR aus dem Instrument für Entwicklungszusammenarbeit für die Armutsbekämpfung in Vietnam. Für den EU-Haushalt gelten spezifische Bestimmungen, die dem Verbot und der Bekämpfung von Zwangssterilisation dienen sollen. In der Haushaltslinie 19 10 01 01 zur Unterstützung von Vietnam ist geregelt, dass ein Teil der Mittel „unter Beachtung der Vorschriften der Haushaltsordnung, zur Verbesserung der Situation von Frauen, vorrangig in den Bereichen Bildung und Gesundheit“ dienen soll.

- Ist der Kommission bekannt, dass Vietnam an Praktiken der Zwangssterilisation beteiligt ist?
- Kann die Kommission nachweisen, dass Marie Stopes International und die vietnamesische Regierung die Mittel aus dem Instrument für Entwicklungszusammenarbeit nicht für Zwangssterilisationen an der Bevölkerung des zentralen Hochlands verwendet?